

Anträge

die von der neuen Ratsgruppe SPD/Grüne im Gemeinderat gestellt und inzwischen entschieden sind

Antrag zu Investitionen in Spielplätze

„Die Gruppe SPD/Grüne stellen den Antrag, den Ansatz „Investition Spielplätze“ zu erhöhen und auf 80.000 Euro aufzustocken, um die Möglichkeit für inklusive/barrierefreie Spielplätze zu ermöglichen.“

Begründung:

Bei ca. 34 Spielplätzen in der Gemeinde Wietmarschen gibt es bisher keinen Spielplatz für Kinder mit Unterstützungsbedarf. Aktuell haben die Kitas in der Gemeinde 18 Integrationsplätze und Zahl der Kinder in heilpädagogischen Kitas sind nicht bekannt, daher sieht man anhand dieser Zahlen schon den Bedarf an integrativen Möglichkeiten für diese Kinder.

Nach europäischem Recht für Barrierefreiheit sollten wir gerade den Kleinsten die Möglichkeit schaffen auch in der Gemeinde Spielplätze nutzen zu können. Dafür sollten wir zukünftige und bestehende Spielplätze umgestalten. Eine Förderung des Landes wäre zudem vorhanden, braucht aber ein höheres Budget für die z.B. neue Spielplätze (aktuell 17500€).

Beispiel: Bei einer Summe von 30000€ für inklusive Spielgeräte gibt es zusätzliche eine Förderung von 15000€ vom Land (J. Peters kann dies bestätigen).

Einstimmiger Beschluss im Finanzausschuss und im Gemeinderat:

Für inklusive/barrierefreie Spielplätze werden aus Haushaltsresten und aus dem laufenden Haushalt finanzielle Mittel bereitgestellt.

Antrag Stelle Klimamanager:in:

„Die Gruppe SPD/Grüne stellen den Antrag die auf Initiative der CDU-Fraktion im Stellenplan ausgewiesene neue Planstelle für Tourismus in eine halbe Stelle Tourismus und eine halbe Stelle Klimamanagement und Umweltschutz umzuwandeln und die für die Einführung eines Klimaschutzmanagement zur Verfügung stehenden Zuschüsse des Bundes zu beantragen.“

Begründung:

Klimaschutz ist eine übergreifende Aufgabe

Um die international vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen, müssen die Anstrengungen auf allen Ebenen verstärkt werden. Auf kommunaler Ebene gibt es vielfältige Handlungsansätze zum Klimaschutz. Um den Einfluss kommunaler Aktivitäten und Beschlüsse auf die CO₂-Emissionen und das Klima bewerten zu können, sollte eine strategische Planung vorliegen. Die Einführung eines kommunalen Klimaschutzmanagements in Form eines Klimaschutzkonzeptes und der Einstellung einer Klimaschutzmanagerin oder eines Klimaschutzmanagers sind geeignete Instrumente, um Einsparpotenziale und konkrete Handlungsansätze einer Kommune

zu identifizieren und zu steuern. Die Erstellung von Klimaschutzkonzepten sowie die Einstellung von Klimaschutzmanagerinnen werden über die Kommunalrichtlinie vom Bundesumweltministerium finanziell gefördert. Dabei wird vom Bund für die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts für die Gemeinde die Stelle auf 2 Jahre zu 70% gefördert und für weitere 3 Jahre für die Umsetzung zu 40%. Es reicht zudem nicht aus, dass wir einen Klimaschutzmanager beim Landkreis mitfinanzieren, da dabei die Belange der Gemeinde nicht ausreichend beachtet werden können.

Einstimmiger Beschluss im Gemeinderat:

Die beantragte Stelle im Bereich Klimaschutz wird noch nicht abschließend im Stellenplan aufgenommen. Weitere Beratungen, wie Stellenbeschreibung und evtl. Verzahnung mit der Planstelle Tourismus müssen noch erfolgen und dann entschieden werden.

Antrag auf Einrichtung eines Arbeitskreises Hauptstraße/Ortskern Lohne

Die Gruppe SPD/Grüne schlägt zum Thema Endausbau von Straßen folgendes vor:

Für die Sanierung und den Umbau der Hauptstraße Lohne soll ein Arbeitskreis eingerichtet werden. Ein gutes Beispiel ist der Arbeitskreis zur Umgestaltung des Ortskernes in Wietmarschen.

Begründung:

Die aus dem Jahre 2014 stammenden Umbaupläne der Hauptstraße entsprechen nach unserer Meinung nicht mehr den neuesten Erkenntnissen zur Verkehrspolitik. Besonders für den Fußgänger- und Radfahrbereich werden jetzt andere Anforderungen gestellt. Daher sollte unter Zuhilfenahme von Experten dieser Arbeitskreis eine Überarbeitung des alten Ausbauplanes vornehmen und verschiedene Alternativen entwickeln. Dies ist besonders wichtig, da das gesamte Vorhaben Sanierung und Umbau der Hauptstraße etliche Millionen Euro kosten wird. Auch vor diesem Hintergrund sollte dieser Arbeitskreis noch einmal grundlegende Überlegungen für den Ortskern und die Hauptstraße Lohne erarbeiten, z.B.

- Mögliche Sanierungsmaßnahmen des bereits ausgebauten Teilstückes der Hauptstraße
- Lösungsvorschläge für den weiteren Umbau dieser Straße
- Vorschläge zur Entwicklung eines Ortskernes mit Aufenthaltscharakter

Einstimmiger Beschluss im Gemeinderat:

Es wird ein Arbeitskreis „Sanierung/Umbau Hauptstraße und Ortskern Lohne“ gebildet.

Antrag zu Gehölzstreifen

Die Gruppe SPD/Grüne stellt den Antrag, in dem Beschlussvorschlag folgenden Passus einzufügen:

Der Gehölzstreifen am Fasanenweg wird in 5m Breite erhalten und im Besitz der Gemeinde verbleiben.

Begründung:

Siehe Anmerkungen Landkreis Grafschaft Bentheim

Beschluss im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss:

CDU-Mehrheit lehnt den Antrag ab.

Alternativ wurde auf Antrag der Gruppe SPD/Grüne dann folgender Beschluss gefasst:

Der Gehölzstreifen wird in 3 Meter Breite erhalten und bleibt im Besitz der Gemeinde.

Antrag für die Baugebiete 133/134, sowie zukünftige Baugebiete

Die Gruppe SPD/Grüne stellt den Antrag in den BPlänen 133/134 und zukünftigen BPlänen von EFH Baugebieten auf die Einrichtungen von Gasleitungen zu verzichten.“

Begründung:

Gas als fossiler Energieträger ist nicht mehr zukunftsorientiert. Dabei sollte der Ausschuss/Rat beachten, dass Gasheizungen für Neubauten ab 2023 vom Bund verboten werden sollen. Wir als Gemeinde sollten als Vorreiter für den Klimaschutz gelten, so dass wir zukünftige Baugebiete nur noch mit regenerativen Energien versorgen (Hier kann Nordhorn als Vorbild gelten, wo es bereits ein Baugebiet nur mit regenerativen Energien gibt). Die Bauherren werden durch die Umstellung auf regenerative Energie finanziell nicht schlechter gestellt, da moderne Wärmepumpen durch Förderung in der Anschaffung kostengleich wie Erdgasthermen inkl. Solarthermie und Anschlusskosten sind. Zu beachten sind zudem die weiter stark steigenden Gaspreise (CO2 Preis und Knappheit), welche den Energieträger Gas nicht mehr attraktiv darstellen.

Beschluss im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss:

CDU-Mehrheit lehnt für die neuen Baugebiete „Feldschnieders III“ und „Welling“ den Verzicht auf den Bau von Gasleitungen ab.

Alternativ wurde auf Antrag der Verwaltung folgender Beschluss gefasst:

In künftigen neuen Baugebieten soll dieser Antrag erneut beraten werden.